

Hamburger Utsichten

Info der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg



Seit nunmehr rd. 15 Monaten belauert uns ein tödlicher Virus, der nicht nur das Alltagsleben eingeschränkt, sondern die wirtschaftliche Krise enorm verschärft hat. Die Reaktion der rot-schwarzen Bundesregierung war, Milliarden Euro an Unterstützung zur Verfügung zu stellen und mittels Gesetzesänderungen Kurzarbeitergeld zu ermöglichen, um vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Die Milliarden gingen an das große Kapital. Beispielhaft sei hier nur Lufthansa erwähnt. Und dieses Unternehmen dankt es dadurch, dass es umstrukturiert, um bei Wiederaufnahme des Flugbetriebs mit weitaus weniger Beschäftigten an den Start zu gehen.

Das Kurzarbeitergeld hat tatsächlich geholfen, Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Aber letztlich haben die Beschäftigten sich selber ihr Kurzarbeitergeld bezahlt, denn es wurde aus der Sozialversicherung finanziert, die von den Beiträgen der Beschäftigten gefüttert wird. Unternehmen konnten davon ausreichend profitieren. Der Autokonzern Mercedes Benz hat für 2020 ein besseres wirtschaftliches Ergebnis erzielt als 2019 und konnte die Dividendenzahlungen an seine Aktionäre erhöhen. Nicht, weil mehr Autos produziert und verkauft worden wären, sondern weil Kosten - hier sind in allererster Linie die Löhne gemeint - gesenkt bzw. dank Kurzarbeitergeld nicht gezahlt worden sind.



Diese Beispiele ließen sich fortführen, letztendlich sind sie nur Ausdruck für das kapitalistische System, in dem die Reichen und die großen Unternehmen profitieren, und die arbeitenden Menschen die

Zeche zahlen. Und mit der Zeche sind auch die Corona-bedingten Schulden in den öffentlichen Haushalten gemeint. Schon heute weisen Merkel, Scholz und Co. darauf hin, dass nach Corona der Gürtel enger geschnallt werden muss, damit die Schulden abgetragen werden können. Denn es ist keineswegs beabsichtigt, die Einnahmen des Staates durch eine Sondersteuer auf große Vermögen und Kapitalerträge zu erhöhen. Vielmehr drohen Kürzungen im Sozialbereich und weitere Privatisierungen. Ob Krankenhäuser oder Verkehrsunternehmen, ob Wohnungsbau-gesellschaften oder Autobahnen – nichts wird vor einer Privatisierung sicher sein. Und die Folgen werden die Menschen dieses Landes tragen müssen, die besonders auf staatliche Angebote der Daseinsvorsorge angewiesen sind.

Deshalb kann es nur heißen: Nicht mit uns!

Eine gute Gelegenheit, das zu demonstrieren, wird es am 1. Mai geben, an dem Tag der traditionellen Kundgebungen und Demonstrationen der Gewerkschaften. Diese finden unter dem Motto „Solidarität ist Zukunft“ statt. Solidarisch sind wir untereinander, wenn es gegen Ausbeutung und Privateigentum an Produktionsmitteln geht, solidarisch mit- und untereinander, jedoch nicht mit dem Kapital! ■



Olaf Harms, 60

Versicherungskaufmann
Gesamt-/ Betriebsratsvorsitzender, aktiv in ver.di,
Mitglied des Sekretariats
des Parteivorstands der DKP
**Kandidiert für die DKP
zum Bundestag**

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das hätten die Herrschenden und ihre politischen Vertreter gern, dass nur noch über Corona gesprochen wird. Wir sollen uns damit abfinden, dass in diesem reichen kapitalistischen Land die Pandemie nicht wirkungsvoll bekämpft wird. Aber nicht mit uns. Wir sprechen darüber, dass zur selben Zeit, wo es im Gesundheitswesen, an Schulen und in anderen wichtigen Bereichen an allen Ecken und Enden an Geld fehlt, -zig Milliarden Euro in neue Rüstungsprojekte gesteckt werden. Wir sprechen darüber, dass die Reichsten der Reichen hunderte Millionen Euro an Dividenden einsacken,

während Millionen Menschen Einkommensverluste hinnehmen müssen oder sogar in existentielle Not kommen. Wir sprechen darüber, dass mit den Maßnahmen gegen die Pandemie demokratische Rechte abgebaut und autoritäre Herrschaftsstrukturen vorangetrieben werden. Wir sprechen auch über Corona. Aber nicht nur über die Zahl der Infizierten und die der Toten. Wir sprechen darüber, wie die ganz gewöhnliche kapitalistische Wirtschaftskrise als Coronakrise kaschiert und das Geld der Aktionäre mit Steuergeldern gesichert wird, während den Beschäftigten das Gehalt gekürzt wird oder sie sogar von Entlassungen bedroht sind.

Wir sprechen darüber, dass die Pandemie nicht bekämpft, sondern im Interesse der Kapitalisten verwaltet wird. Und wir sprechen nicht nur über all dies, wir sind auch dabei, wenn es darum geht, die herrschende Politik zu bekämpfen. ■



Michael Götz,
Vorsitzender der
DKP Hamburg

Prekäre Arbeitsverträge verbieten



Nils Hansen, 43

Lagerarbeiter
Vorstandsmitglied der IGBCE
Ortsgruppe Bergedorf
Vorsitzender der DKP Bergedorf
**kandidiert für die DKP
zum Bundestag**

Es ist schon dreist, wenn der SPD-Abgeordnete Koltze im Dezember in der Hamburger Bürgerschaft verlauten lässt, dass es sich bei der Pandemie nicht um eine Krise des Kapitalismus handeln würde, wie manche fabulierten, sondern dass es uns allen vor der Pandemie wirtschaftlich gut gegangen sei und dass es uns nach Beseitigung dieser auch wieder gut gehen werde.

Ein Viertel aller Lohnabhängigen arbeitet heute in sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen, also als Leiharbeiter, Werkverträtler, befristet oder geringfügig Beschäftigter. Sie alle verdienen so wenig, dass es ein Hohn ist, ihnen ein gutes Leben zu attestieren. Während der Pandemie sind sie schlicht entlassen worden. Keine Spur von Kurzarbeit. Hartz IV war die Perspektive. Und nach der Pandemie geht es mit Hungerlöhnen weiter.

Hinzu kommt, dass die Zahl der an Covid-19 Erkrankten in den ärmeren Stadtteilen am größten ist. Wer seine Arbeit verliert, kann es sich schlicht nicht leisten, auf Gesundheitsschutz bei der Jobsuche zu pochen oder gar den Schutz der Familie - z.B. mit ständigem Kauf von Masken- und Hygieneartikeln - zu gewährleisten. Überflüssig zu erwähnen, dass die Regelsätze für Hartz IV-Empfänger dieses gar nicht erst berücksichtigen.

Die großen Konzerne haben mit Unterstützung der großen Koalition im Bund und des Senats hier in Hamburg ihre Schäfchen längst im Trockenen. Die Milliardenhilfen - z.B. für Lufthansa und TUI - und das Kurzarbeitergeld für die Konzerne, die gleichzeitig hohe Dividenden an ihre Eigentümer ausschütten, lassen vermuten, dass sie nicht wie so mancher Kleingewerbetreibende und Soloselbstän-

dige über die bis vor kurzem ausgebliebene Novemberhilfe zu klagen hatten.

Es lässt sich also absehen, wer diese großzügigen Hilfen für das Großkapital bezahlen soll: die lohnabhängige Bevölkerungsmehrheit, die mal wieder den Gürtel enger schnallen, sich nicht über Lohnverzicht beschweren und natürlich auch nicht für bessere Arbeitsbedingungen streiken soll, wo es doch angeblich allen gerade so schlecht geht. Dass das Kapital und seine Helfer den moralischen Zeigefinger erheben, ist als Alarmzeichen zu verstehen: Miesere Arbeitsbedingungen, Lohnkürzungen, Massenentlassungen Zusammenstreichen der Sozialausgaben werden zu einer weiteren Verelendung der Arbeiterklasse führen und die Profite hochhalten.

Dagegen gilt es Widerstand zu organisieren - in den Betrieben, den gewerkschaftlichen Gremien und gemeinsam auf der Straße. Denn dass dieses System uns nichts mehr zu bieten hat, wird kaum so deutlich wie in dieser Zeit. Und dass sich gemeinsamer Widerstand lohnt, zeigt das Beispiel aus dem Asklepios-Konzern in Hamburg, der die Kündigung einer kämpferischen Betriebsrätin nach massiven Protesten der Belegschaft zurücknehmen musste. ■

**Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die
Werkstätigen – Die Reichen sollen zahlen**

Gedenken heißt handeln

Bei einer eindrucksvollen Kundgebung aus Anlass des 90. Jahrestags der Ermordung des damaligen Bergedorfer KPD-Vorsitzenden Ernst Henning durch drei SA-Männer hielt der Vorsitzende der DKP Hamburg, Michael Götzke, eine Rede. Er sagte unter anderen:*

„... Wir gedenken heute nicht nur der Opfer des Faschismus und des aufrechten Sozialisten und Antifaschisten Ernst Henning. Wir erinnern uns auch seiner Mahnung zusammenzustehen - angesichts der neuen Bedrohung durch faschistische Kräfte.“

Wieder ziehen Mordbanden durchs Land. Gerade haben wir des Attentats von Hanau gedacht. Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle und die Mordserie des NSU sind unvergessen. In Bundeswehr und Polizei, also bewaffneten Einheiten, werden zunehmend neofaschistische Gruppen aufgedeckt. Sie legen Todeslisten an, horten Waffen und Munition und hoffen auf eine Destabilisierung dieser Gesellschaft, um mit denen „abrechnen“ zu können, die sie zu ihren Feinden erklärt haben. In der AfD gewinnen faschistische Kräfte immer mehr an Einfluss. Terror und Bedrohung sind also schon wieder gegenwärtig. ...

Widerstand ist notwendig angesichts der Rechtsentwicklung in Deutschland. Die Parallelen zur Situation Anfang der 1930er Jahre sind unübersehbar. Aber anders als vor 90 Jahren setzen noch keine relevanten Teile des Großkapitals auf die Faschisten. Die ihnen verbundenen bürgerlichen Parteien bauen allerdings demokratische Rechte Schritt für Schritt ab.



Foto: Ernst und Marie Henning
©Ernst Thälmann Gedenkstätte Hamburg



Foto© DKP Hamburg



Foto© DKP Hamburg

Denken wir an die sogenannten „Notstandsgesetze“, die zwar seit mehr als 50 Jahren in der Schublade liegen, aber jederzeit herausgeholt werden können. Denken wir aber vor allem an die Polizeigesetze, die jetzt überall verschärft werden, die bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsätze wie etwa beim G20-Gipfel in Hamburg. Oder – auch das gehört dazu – dass man den Widerstand gegen die Rechtsentwicklung finanziell auszutrocknen sucht, indem – wie jetzt geschehen – dem Lesen von Marx und Engels in der Marxistischen Abendschule und dem antifaschistischen Kampf in der VVN steuerlich die Gemeinnützigkeit entzogen wird.

Das Feld wird bestellt. Was passiert, wenn sich die „Großwetterlage“ ändert? Die Mordbanden der neuen Faschisten entwickeln sich, bereiten sich vor und werden von staatlicher Seite befördert und geschützt.

Fotos:
Gedenken am Grab von Ernst Henning.

Kranz mit Schleife
„Erinnern heißt handeln – DKP Hamburg“

Antifaschistischer Widerstand tut Not! Er kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes der letzten Jahrzehnte aufgenommen werden. Dazu gehört entscheidend die Mahnung von Ernst Henning:

„Ihr Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Parteilose:
Kämpft ihr gemeinsam,
gewinnt Ihr das Leben und die Freiheit!
Findet Ihr Euch nicht
zu gemeinsamen Aktionen,
werdet Ihr weder KPD noch SPD
noch Gewerkschaften haben.
Dann werdet Ihr nicht
über den Faschismus,
sondern der Faschismus
über Euch triumphieren.“

**Lassen wir es dazu NICHT kommen!
Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!“**

Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, werden wir Genossinnen und Genossen der DKP auf der Straße sein, um bei dem von der ver.di initiierten „antifaschistischen Stadtrundgang“ und beim „Fest der Befreiung“ gegen die Rechtsentwicklung in Deutschland zu demonstrieren. Zusammen mit vielen anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten fordern wir, dass als Zeichen einer antifaschistischen Ausrichtung der Politik in Deutschland der „Tag der Befreiung“ arbeitsfreier Feiertag werden soll. ■

* Die ganze Rede unter:
<https://hamburg.dkp.de/gedenken-ernst-henning-mitglied-der-hamburger-buergerschaft-und-buergervertreter-in-bergedorf/>

Warum DKP wählen?



Dirk Wilke, 59

IT-Systemberater, Betriebsrat,
Stellv. Vorsitzender der
DKP Hamburg
**kandidiert für die DKP
zum Bundestag**

Zur Bundestagswahl 2021 tritt die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) mit einer eigenen Liste an. Es gibt viele gute Gründe diesmal, die DKP zu wählen – hier nur einige davon:

Konsequent für Frieden und Abrüstung, für internationale Solidarität und Völkerverständigung

Die DKP tritt seit ihrer Gründung für Frieden und Abrüstung ein und ist aktiv in der Friedensbewegung. Banken und Großindustrie dagegen wollen ihre Interessen auch militärisch durchsetzen und machen mit der Rüstung riesige Gewinne. Millionen Menschen weltweit bezahlen dafür in zahlreichen Kriegen mit ihrem Leben. Wir lehnen jeden Einsatz der Bundeswehr außerhalb der unmittelbaren Landesverteidigung – ob mit oder ohne UN-Mandat – konsequent ab. Eine Haltung, die leider nicht mehr bei allen Linken in diesem Lande vorherrschend ist.

Die DKP setzt auf konsequente Abrüstung sowie auf die Kraft der internationalen Solidarität. Dies bedeutet, dass wir hier vor Ort solidarisch mit all den Menschen sind, die vor Krieg und Elend aus ihren jeweiligen Herkunftsländern zu uns geflüchtet sind.

Wir unterstützen internationale Hilfsprojekte wie zum Beispiel den Aufbau von Krankenhäusern und Familienarztpraxen im sozialistischen Kuba. Auch diese Zeichen internationaler Solidarität sind heutzutage leider nicht mehr für alle Linken selbstverständlich.

Wer sich für Völkerverständigung und internationale Solidarität sowie gegen Krieg und Rüstungsexporte stark machen will, der sollte bei der Bundestagswahl DKP wählen!

Konsequent gegen Nazis und Rechtspopulisten

Das Erstarken fremdenfeindlicher und faschistischer Organisationen und Parteien in Deutschland vor allem in den letzten Jahren zeigt ganz deutlich, dass die Regierenden keine Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen haben bzw. ziehen wollen. Die DKP ist seit Jahrzehnten untrennbarer Bestandteil der antifaschistischen Bewegung. Lehren aus der Geschichte zu ziehen, heißt für uns vor allem, sich mit aller Kraft faschistischen und völkisch-orientierte Parteien und Bewegungen entgegen zu stellen.

Wer der Rechtsentwicklung sowie den faschistischen und völkischen Parteien Einhalt gebieten möchte, der sollte bei der Bundestagswahl DKP wählen!

Jede Stimme für eine der etablierten Parteien ist eine verlorene Stimme

Nun wird uns entgegen gehalten, dass wir zwar inhaltlich recht haben, aber eine Stimme für die DKP verloren sei, weil wir wohl nicht in den Bundestag einziehen werden. Umgekehrt ist es richtig. Wer meint, mit einer der etablierten Parteien „das kleinere Übel“ wählen zu müssen, weil diese wenigstens im Bundestag mitmischen wird, der wird enttäuscht werden. Wie oft haben wir es schon erlebt, dass vor den Wahlen linke Forderungen propagiert wurden und nach den Wahlen davon wieder abgerückt wurde. Eine Stimme für eine der sogenannten etablierten Parteien, das ist wirklich eine verlorene Stimme.

Mit Ihrer Stimme für die DKP stärken Sie hingegen die Partei, die sich unbestechlich und konsequent für die Interessen der „kleinen Leute“ sowie gegen Krieg und Rechtsentwicklung einsetzt. Und sie üben Druck auf andere Parteien aus, nicht allzu ungeniert in den rechten Mainstream einzustimmen. ■

Wer das unterstützen will, der wählt bei der Bundestagswahl 2021 die DKP!



**Gegen den Abbau sozialer und demokratischer
Rechte – Für Klassensolidarität!**

Ein Jahr Corona – Frauen kriegen die Krise!

Am 8. März begingen mehr als 1000 Menschen in Hamburg den internationalen Frauenkampftag. Auf 5 Kundgebungen waren sie über die Stadt verteilt und an allen Orten, in allen Redebeiträgen wurde deutlich: Frauen kriegen die Krise!

Gesellschaftlich zentrale Aufgaben wie Gesundheit, Bildung und Erziehung sind seit Jahrzehnten völlig unterfinanziert. Es fehlt an Erzieher*innen, Pflegekräften und Lehrer*innen. Der Staat zieht sich aus der Verantwortung und schiebt die Arbeit in den „privaten“ Bereich ab. Schon vor Corona waren es vorwiegend die Frauen, die diese Lücken stopfen mussten, durch Mehrarbeit und Überlastung auf ihrer Arbeit in Krankenhäusern oder Kitas und auch zu Hause in den Familien. Egal ob bei der Betreuung der Kinder oder der Pflege von Angehörigen.

Die Maßnahmen, die die Stadt Hamburg ergriff, verschoben ebenso die Verantwortung und zusätzliche Arbeit in den privaten Bereich. Anstatt den Sommer zu nutzen, Studierende und Freiwillige zu gewinnen, um Schulen und Kitas mit Personal aufzustocken, die Aufteilung in kleine Gruppen zu



ermöglichen und mit guten Infektionsschutzkonzepten Unterricht und Betreuung sicher zu stellen, wurde konsequent abgewartet. Die Öffnung von Schulen und Kitas ohne Konzept hatte zur Folge, dass diese bald zu klassischen Infektionsherden wurden. Bei Schließungen und Quarantäne sind es dann wieder zumeist die Frauen, die Beruf und Betreuung unter einen Hut bringen müssen. Und alle Studien belegen es: Die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen nimmt unter Corona wieder zu.

Das Patriarchat als ein Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnis ist sehr viel älter als der Kapitalismus.

Aber es hat im Kapitalismus eine besondere Form angenommen. Dazu gehört die bürgerliche Kleinfamilie und die Trennung von angeblich Privatem und dem so genannten Politischen!

Gerade jetzt zeigt es sich, dass der Kapitalismus es nicht einmal schafft, Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu gewährleisten, von Emanzipation ganz zu schweigen.

Das zu ändern, müssen die Frauen in die eigenen Hände nehmen. Die gewerkschaftlichen Kämpfe in Erziehungs- und Sozialbereich haben gerade in jüngster Zeit gezeigt, was möglich ist, wenn Frauen sich organisieren. Aber auch im gesellschaftlichen Rahmen müssen Frauen organisiert auftreten. Erst in einer Gesellschaft, in der Bildung, Erziehung und Gesundheit zu den wichtigsten Aufgaben gehören, als gesellschaftliche angesehen und entsprechende Ressourcen dafür aufgebracht werden, wird es auch uns als Frauen möglich sein, uns wirklich zu entfalten. ■

Preiserhöhung im HVV - der falsche Schritt zur falschen Zeit

Jedes Jahr werden die Fahrscheine im Hamburger Verkehrsverbund (HVV) teurer. Auch in diesem Corona-Jahr. Obwohl vielen Arbeitenden das Geld knapp wird, obwohl die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln in der Pandemie ohnehin schon Überwindung kostet, obwohl es gerade jetzt nötig wäre, die solidarische Mobilität zu stärken.

Zum Jahresanfang 2021 stiegen die Preise für Bus und Bahn um 1,4 Prozent. Das sei ja nur die Inflation, behauptet der HVV (offiziell wurde für 2020 eine Inflation von 0,5 Prozent gemessen). Es macht doch ziemlich viel aus, wenn etwas, das sowieso schon viel zu teuer war, jetzt noch ein bisschen teurer wird.

Eine Kurzstreckenkarte, die nur für wenige Haltestellen reicht, kostet jetzt 1,80 Euro statt 1,70 Euro. Das sind immerhin 6 Prozent mehr. Nicht erhöht wurde der Preis für ein Einzelticket im Großbereich (3,40 Euro). Aber der war schon vorher der teuerste im Vergleich aller deutschen Städte - und ist es jetzt immer noch.

Wer nichts davon hat, sind die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe. Ein paar warme Worte für die systemrelevanten Fahrerinnen und Techniker (vor allem Busfahrer zählen zu den Berufen mit dem höchsten Corona-Ansteckungsrisiko) - und dann war bei der Hochbahn nur eine Gehaltserhöhung von 1,4 Prozent drin, und die auch nur nach einem Warnstreik zur Adventszeit.

Von der im Vorjahr gesenkten Mehrwertsteuer ist übrigens auch nichts bei den HVV-Fahrgästen angekommen. Als einmalige Bonusaktion sollte es vier Samstage zum Nulltarif im November geben. Wegen der Infektionswelle wurde die Aktion aber auf unbestimmte Zeit verschoben.

Im vergangenen Jahr wurden 177.000 Abos gekündigt, und Anfang 2021 sprangen noch einmal Zehntausende ab. Fast 250 Millionen Euro weniger hat der HVV eingenommen - dagegen hilft die größte Preiserhöhung nichts.

Im Gegenteil: Wir brauchen eine drastische Senkung der Fahrpreise, mit Ziel Nulltarif, damit sich alle frei durch Hamburg bewegen können. Dazu hört man vom Senat, der von SPD und Grünen getragen wird, nichts. Als erstes muss die Hochbahn, die der Stadt gehört, von einer Unternehmensform befreit werden, die sie auf Gewinn orientiert. Dann bedarf es konkreter Pläne, wie ein kostengünstiger und letztlich kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr finanziert werden kann. Beispiele aus anderen Großstädten gibt es. ■

**Wir Kommunistinnen und Kommunisten meinen:
Das Verkehrssystem gehört in öffentliche Hand und unter öffentliche Kontrolle.
Es muss unserer Daseinsvorsorge dienen und nicht dem Profit.**

Deutschland heizt die Aufrüstungsspirale an – trotz Pandemie und Wirtschaftskrise

Die internationale Militarisierung und eine immer schneller drehende Aufrüstungsspirale sind Ausdruck und Brandbeschleuniger der steigenden weltweiten Kriegsgefahr. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich in diesem Zusammenhang aber nicht für Abrüstung und Frieden ein, sondern ist im Wettüben ganz vorn mit dabei. Sie liegt auf Platz sieben der Länder mit den höchsten Militärausgaben und verzeichnet weltweit den höchsten prozentualen Zuwachs! Insgesamt sind die deutschen Militärausgaben seit 2014 um sagenhafte 40 Prozent gestiegen.

Für die „nukleare Teilhabe“ plant die Bundesregierung die Neuanschaffung von US-amerikanischen Kampfjets, um die in Büchel gelagerten US-Atomsprenköpfe zu transportieren. Erst im Oktober 2020 wurde von dort aus in einem Manöver der Atomkrieg gegen Russland geprobt.

Die Bundesregierung riskiert mit ihrer Aufrüstungs- und Aggressionspolitik einen Atomkrieg mitten in Europa und macht Deutschland zum potenziellen Angriffsziel. Es ist also höchste Zeit, gegen die Aufrüstung und die Beteiligung Deutschlands an Kriegsmanövern und Drohgebärden gegen Russland auf die Straße zu gehen! Eine Möglichkeit jetzt und hier in Hamburg etwas für Abrüstung und Frieden zu tun, ist die Unterstützung der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte (siehe Infokasten).

Mitten im zweiten Corona-Lockdown, im Dezember 2020, hat die Bundesregierung einen Wehretat von knapp 47 Milliarden und insgesamt Militärausgaben von 53 Milliarden Euro beschlossen. Dies bedeutet eine Erhöhung um etwa 1,3 Milliarden Euro oder 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Und das, obwohl gleichzeitig nicht genug Geld vorhanden ist,

- um die Krankenhäuser und Altenheime mit ausreichend Pflegepersonal und Schutzausrüstung zu versorgen,
- um Schulen mit mehr Lehrer*innen, mit Lüftungsanlagen, Internet und Laptops für die Schüler*innen auszustatten
- und um Corona-Hilfen an alle von der Pandemie Betroffenen auszuzahlen.

Das ist – milde ausgedrückt – ein Skandal!

Wir fordern:

- **Schluss mit der Aufrüstung!**
- **Das Bomberprogramm der Bundesregierung muss gestoppt werden!**
- **Die US-Atombomben müssen raus aus Deutschland!**
- **Keine Beteiligung Deutschlands an Kriegsmanövern und Aggressionen gegen Russland!**
- **Das Geld, das in Rüstung gesteckt wird, muss in Bildung, Gesundheit und Soziales investiert werden – wir brauchen es dringend zur Abmilderung der Krisenfolgen.**

Unterstützt die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte!



Für einen zivilen Hafen und ein weltoffenes Hamburg!

Homepage:
<https://ziviler-hafen.de/>

E-Mail:
kontakt@ziviler-hafen.de
Telefon: 0174 8284581

Über den Hamburger Hafen werden pro Jahr 1.000 Container mit Munition verschifft. Das sind drei Container pro Tag – dazu kommen noch Waffen, Panzerwagen, Panzer, Raketenwerfer und Kriegsschiffe. Transportiert wird zum Beispiel nach Mexiko, Brasilien oder Kolumbien – in Länder, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, aber auch nach Saudi-Arabien und in die Türkei, die damit unter anderem im Jemen, in Syrien und gegen die Kurd:innen Krieg führen.

Das will die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte stoppen (www.ziviler-hafen.de). Innerhalb von 6 Monaten will sie 10.000 Unterschriften unter diese Resolution sammeln:

„Senat und Bürgerschaft schaffen innerhalb eines Jahres eine Rechtsgrundlage, die den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen verbietet und unternehmen alle notwendigen und zulässigen Schritte, um dieses Verbot unverzüglich umzusetzen.“

Auch bei Infoständen und Veranstaltungen der DKP Hamburg liegen die Unterschriftenlisten aus.

Der UZ SHOP

T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen
Bücher • Broschüren • Tassen
Aufkleber • CDs • DVDs • Turnbeutel
Antiquariat und vieles mehr

uzshop.de

Die tödliche Corona-Strategie der Bundesregierung

Kritiker wiesen schon vor einem Jahr darauf hin, dass die BRD im Vergleich zu den asiatischen Ländern sehr lax mit der Corona-Pandemie umgeht. Doch was wie Pfüsch aussieht, scheint System zu haben. Die Strategie der Bundesregierung ist nicht die Bekämpfung der Pandemie, sondern das Management der Pandemie.

Die FAZ Ausgabe vom 6. März 21 ließ die Bombe platzen: nach Recherchen bei den Sozialämtern der Bundesländer sind von den 72.000 Corona-Toten in der BRD mindestens 29.000 Menschen (40%), die in Alten- und Pflegeheimen gewohnt haben. In Hamburg ist die Situation noch viel schlimmer: 60% der Corona-Toten stammen aus Alten- und Pflegeheimen.

Wie lassen sich diese Zahlen erklären? Einen Schlüssel liefert die Aussage von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der am 26.2.21 erklärte: „Eine unserer größten Sicherheiten in dieser Pandemie ... ist ein robustes Gesundheitssystem, das ... zu keiner Zeit überlastet war.“ Die Erfahrung aus der 1. Pandemiewelle hatte gezeigt: Hochbetagte, schwer kranke Pflegebedürftige mussten über Wochen auf den Intensivstationen künstlich beatmet werden. Jetzt - in der 2. Welle - ist die Situation anders: „Viele Covid-Patienten sterben gar nicht in den Kliniken, sondern vielfach in Pflegeeinrichtungen. Ohne Gerätemedizin, ohne wochenlange lebenserhaltende Maßnahmen geht der Sterbeprozess oft schneller.“ (Hamburger Abendblatt vom 23.1.21). D.h. alten Menschen wird die Versorgung im Krankenhaus vorenthalten, um Betten in Intensivstationen freizuhalten.

Hier zeigt sich die Strategie der Bundesregierung, die in Hamburg auf die Spitze getrieben wird: nicht Bekämpfung, sondern Management der Corona-Pandemie. Der Sozialdarwinismus, die Raubtier-Moral des Kapitalismus wird offen praktiziert: wer nicht mehr verwertet werden kann, ist überflüssig.

Kapitalismus pur herrscht jetzt auch bei Moral. Es wird der Eindruck erweckt, ältere Menschen seien bloß eine Belastung für die Gesellschaft.



Unterstützt wird der Trend durch die Kritik an „Apparatemedizin“, die viele Ältere dazu bringt, in ihrer Patientenverfügung lebensverlängernde Maßnahmen abzulehnen. „Abgerundet“ wird das Ganze durch die im letzten Herbst erfolgte Legalisierung der kommerziellen Sterbehilfe. Aber, wie wir gesehen haben, braucht es das gar nicht. Die Strategie der Bundesregierung im Umgang mit der Corona-Pandemie löst das „Problem“ ganz von selbst.

Wie anders sieht die Welt in Kuba aus, wo

nicht die Kapitalverwertung, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht. Das sozialistische Kuba, selbst noch ein Entwicklungsland, hat einen stark ausgebauten Gesundheitssektor. Dieser wird durch nachbarschaftliche Betreuung ergänzt. In Folge dessen ist die Todesrate durch Corona dort 25 Mal niedriger als in der BRD (32 Tote in Kuba zu 870 Tote in der BRD pro Mio. Einwohner). Kuba kann sogar anderen Entwicklungsländern durch Ärzte, Medikamente etc. helfen. Ein Vorbild für uns? ■

Öffentliche Förderung und private Aneignung

Die Impfstoffforschung wird in Deutschland hauptsächlich öffentlich finanziert. Erst wenn es sich abzeichnet, dass ein lukratives Geschäft daraus werden kann, steigen Pharmakonzerne ein. Aus dem Mund des Wissenschaftsrats der Bundesregierung klingt das so:

„Biotechnologie-Unternehmen mit Sitz in Deutschland haben intensiv an der Entwicklung von SARS-CoV-2-Impfstoffen mitgearbeitet: Dazu gehören das Unternehmen CureVac, eine Ausgründung der Tübinger Universitätsmedizin, und BioNTech, eine Ausgründung der Mainzer Universitätsmedizin. [...] Es (bedarf aber) weiterer Anstrengungen. Dazu gehört es, [...] die Bereitschaft [...] vor allem zu Ausgründungen aus dem Wissenschaftssystem heraus zu befördern.“

Also weiter mit Forschungsförderung auf Kosten der Allgemeinheit und privater Aneignung der Profite durch die Pharmakonzerne.





Foto© SDAJ Köln - Posts | Facebook

Macht die Schulen auf!

Mehr als ein Jahr nach dem ersten Corona-Lockdown gibt es für Schulen nach wie vor keine Lösung zum Umgang mit der Pandemie. Bis heute gibt es keine Stufenpläne, in welcher Situation welche Maßnahmen gelten, wann Präsenz-, Wechsel- und Fernunterricht greifen. Statt klarer Konzepte gibt es in der Schulpolitik weiter ein „Durchwurscheln“ und ein Hin und Her zwischen Schulschließungen und -öffnungen – mit absehbar katastrophalen Folgen für eine ganze Schüलगeneration.

- Der Präsenzunterricht in voller Klassenstärke führte ohne durchdachte Konzepte zu vielen Infektionen.
- Der Fernunterricht ist aber auf Dauer keine Alternative, weil es weiter Tausende Schülerinnen und Schüler ohne stabiles Internet und geeignete digitale Geräte gibt und die digitalen Lernplattformen störanfällig sind.
- Der Lehrkräftemangel verschärft die Situation.

Das Agieren der Politik hat Schülerinnen und Schüler Schulzeit gekostet und sie sowohl psychisch als auch physisch stark belastet. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche aus Elternhäusern, die nicht die notwendige Unterstützung bieten können, in denen digitale Endgeräte fehlen und der Wohnraum knapp ist. Die soziale Spaltung ist durch Corona weiter vertieft worden.

Nun sind die Schulen für einige Jahrgänge wieder geöffnet. Aber das Test- und Impftempo von Lehrkräften reicht nicht aus angesichts steigender Inzidenzwerte und hochansteckender Virusmutationen. Es ist absehbar, dass mindestens lokal Schulen erneut schließen müssen. Mit Schulen im On-Off-Modus kann aber das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Bildung nicht gewährleistet werden.

Wir fordern:

1. In den Schulen muss das Abstandsgebot gelten. Dafür müssen Klassen geteilt oder gedrittelt werden und zusätzliches Personal (z.B. Lehramtsstudenten) eingestellt und Räume (z.B. in Jugendherbergen oder Hotels) gemietet werden.
2. Kann das Lüften nicht umgesetzt werden, müssen sofort entsprechende Filteranlagen eingebaut werden.
3. Die Anschaffung digitaler Endgeräte für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler muss beschleunigt werden. Flächendeckend müssen eine datenschutzkonforme digitale Infrastruktur geschaffen und IT-Systemadministratoren eingestellt werden. Schulen müssen geöffnet bleiben! Dafür aber braucht es mehr Geld für mehr Personal, Räume, Schutzkonzepte und mehr Kreativität - statt hohler Phrasen und Lippenbekenntnisse.

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema Frieden –
dort weiter, wo andere
Medien längst schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)!
Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Parteivorstand**
Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg Lindenallee 72, 20259 Hamburg,
Telefon (040) 480 49 00
hamburg.dkp.de oder www.dkp.de
V.i.S.d.P: M. Götzte, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

